Morgen-Ausgabe Nr. 555 Sonnabend, 26. November 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgeb. bei tägl. zweimal. Zustellg. frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbez. RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellgeb.) bei 7× wöchentl. Erscheint. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachs. mit Abendausgabe 15 Rpf., Sudetenland 10 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 9; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ausgeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Am Mittwoch Generalstreik in Frankreich

Ein Beschluß des Gewerkschaftsverbandes CGT

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Paris, 25. November.

Die Streikbewegung in Frankreich hat überraschend schnell die Form einer Machtprobe zwischen dem Marxismus und der Regierung Daladier angenommen. Der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hat den folgenschweren Beschluß gefaßt, für den 30. November einen 24stündigen Generalstreik auszurufen, um damit gegen die Notverordnungen Einspruch zu erheben.

Einen Hauptanteil an dieser Streikbewegung haben die Eisenbahner, für die die Arbeitszeit auf Grund der Notverordnungen, ebenso wie für die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben, erhöht worden ist. Die Eisenbahner hatten schon am Freitagvormittag, noch vor dem Bekanntwerden des Generalstreikbeschlusses, durch den Allgemeinen Gewerkschaftsbund einen entsprechenden Streikbeschluß gefaßt.

Wie der „Temps" meldet, hat der Ministerpräsident dem Staatspräsidenten eine Verordnung zur Unterschrift vorgelegt, die nötigenfalls die Requirierung der zur Zeit wildbestreikten Gruben und der mit ihnen zusammenhängenden Fabriken im Departement Nord gestattet. Diese Verordnung soll am Sonnabend im amtlichen Gesetzblatt erscheinen.

Im Zusammenhang mit der Sitzung des CGT-Vorstandes am Freitagnachmittag glaubt der „Intransigeant" berichten zu können, daß Daladier in einer Besprechung mit dem Arbeitsminister und dem Minister für öffentliche Arbeiten die Haltung der Regierung dahingehend festgelegt habe, daß eine Niederlegung der Arbeit auf den Eisenbahnen, den Autobus- und Untergrundbahnen sowie in den staatlichen Verwaltungszweigen nicht geduldet werde. Es sei beabsichtigt, die Streikenden sofort zu mobilisieren. Gegebenenfalls würden Widerspenstige vor Militärgerichte gestellt werden.

Die vom „Intransigeant" angekündigte Mobilisierung der Streikenden im Falle des vorgesehenen Generalstreiks dürfte sich auf die tatsächlich bestreikten Werke beschränken. Die Regierung wird voraussichtlich diese Werke unter militärische Kontrolle stellen und die Arbeiter einberufen.

Ueber die Streiklage selbst wird am Freitagabend bekannt, daß die Zahl der Streikenden im Gebiet von Valenciennes rund 51 000 betrage. Einige der polizeilich geräumten Werke sind anschließend wieder von Streikenden besetzt worden. Das gleiche gilt für einen Teil der Eisenbahnlinie.

Inzwischen geht die Hetze der Kommunisten und Marxisten unentwegt weiter. Der „Ce Soir" spricht dabei im Zusammenhang mit den von der Regierung durchgeführten Maßnahmen gegen die von Moskaus Agenten geschürte Streikhetze von einem „Unterdrückungswillen der Regierung". Der Vorstand der kommunistischen Kammerfraktion veröffentlichte eine von Anschuldigungen und Verdächtigungen gegen die Regierung strotzende Entschließung.

Die sozialdemokratische Kammergruppe hat am Freitagnachmittag eine Entschließung angenommen, in der der Rücktritt der Regierung verlangt wird. Die Republikanisch-Sozialistische Vereinigung, die parteipolitisch zwischen den Sozialdemokraten und den Radikalsozialen steht, lehnte in einer Fraktionssitzung eine politische Krise ab. Arbeitsminister Pomaret erklärte, daß die Agitation wegen der Arbeitszeit völlig ungerechtfertigt sei, da in den meisten Fabriken noch die vierzigstündige Arbeitswoche eingehalten werde. Der Minister für öffentliche Arbeiten, de Monzie, bezeichnete die Erregung der Eisenbahner ebenfalls als ungerechtfertigt.

(Siehe auch Seite 2)

Die Stimmung in Frankreich

Von unserem ständigen Mitarbeiter in Paris

Paris, 25. November.

Die kommunistische Wühlarbeit, „die rote Pest", wie sie der schweizerische Film dieses Namens, gewiß nicht aus einer faschistischen oder einer nationalsozialistischen Einstellung heraus, mit erschreckender Deutlichkeit darstellt, benützt auch in Frankreich den Besuch der englischen Minister Chamberlain und Halifax, um wieder Verwirrung zu stiften, und mehr als ein Wässerchen zu trüben. In Dünkirchen, in Valenciennes, in der Pariser Vorstadt Puteaux, in Fabriken und Werften hat ein Teil der Arbeiterschaft jetzt, wo die Notverordnungen, auch diejenigen über die Verlängerung der Arbeitszeit und über die Wiederaufnahme der Arbeit am Sonnabend (der unter Blum der zweite französische Sonntag geworden war), in Kraft getreten sind, natürlich auf Moskaus Kommando hin, wieder mit Streikbesetzungen der Betriebe und Sabotierung dieser Notverordnungen begonnen. Aber auf Weisung des Ministerpräsidenten Daladier hin waren auch schon alle Vorkehrungen getroffen, daß diesmal Polizei und Mobilgarde sofort die besetzten Betriebe räumten. Die staatliche Gewalt hat also wieder an Autorität gewonnen; aber, was viel mehr ist, diejenigen Arbeiter, die der roten Gewerkschaftsführung noch gehorchten, haben sich nicht einmal sehr heftig dem Eingreifen der Staatsgewalt widersetzt. Es ist heute schon zu beobachten, daß der beste und wahrscheinlich auch der größere Teil der französischen Arbeiterschaft aus dem Traum des Glaubens an die Volksfront und ihre sozialen Experimente erwacht ist. Ein gewisses Verdienst daran haben der frühere Kommunist und von der Volksfrontregierung Blum abgesetzte Bürgermeister von Saint Denis, Doriot, und seine „französische Volkspartei", auch de la Rocque und seine Feuerkreuze, oder, wie sie jetzt heißen, seine „Sozialpartei". Aber das Hauptverdienst an dieser Wandlung in der Auffassung der Arbeiterschaft, der Beamtenschaft, des Handwerkertums und des kleinen Bürgertums haben die Wirkungen der Sozialexperimente Blums.

Wir Nationalsozialisten sind gewiß die letzten, die die Notwendigkeit sozialer Reformen bestreiten oder bestritten hätten; denn zu den Großtaten des Nationalsozialismus im Dritten Reich gehört die soziale Neuordnung, die Bekämpfung des Klassengeistes und, was wichtiger ist als alle bloßen Gesetzesverordnungen, die Eroberung, die Zurückgewinnung der Arbeiterseele für die Volksgemeinschaft, für das Vaterland. Aber aus dem jüdisch-vergifteten Geist der Augentäuschung und der Uebertreibung heraus geboren, haben die Sozialexperimente Blums den Klassenhaß nicht ausgemerzt, sondern vergrößert, die Arbeiterseele nicht gewonnen, sondern verbittert und sie zu einem schmerzlichen Erwachen nach getäuschten Hoffnungen geführt. Blum kämpft heute, nachdem Kommunisten und Marxisten sich gerade in den letzten Jahren oft heftig befehdet haben, wieder Hand in Hand mit den Moskowitern gegen die bürgerliche Regierung Daladier, die die schwere Aufgabe hat übernehmen müssen, das zerschlagene Porzellan wieder zusammenzukitten. Alles, was sich bieten konnte, haben Blum und die Moskowiter in den letzten Wochen benützt, um ein neues Chaos und eine neue Regierungskrise heraufzuführen. Hochwillkommen waren ihnen dafür besonders die Kolonialfrage und die Judenfrage. Auf dem Landeskongreß der Radikalen in Marseille hatte Daladier in vollkommen richtiger Einschätzung der Ergebnisse des Münchner Friedens das Stichwort ausgegeben: Das Weltreich Frankreich, das Kolonialreich. Er hatte damit nichts anderes anzeigen wollen, als daß die französische Außenpolitik sich von den bisherigen Methoden und Zielen der Einkreisung und Niederhaltung Deutschland abwenden, Mitteleuropa gegenüber ein gewisses Desinteressement zeigen oder wenigstens sich reserviert verhalten will, und sich dagegen um so mehr dem Ausbau und der Ausnützung des Kolonialreiches widmen soll. Dieses Stichwort ist nicht nur von den französischen Chauvinisten auf der nationalen Seite, sondern auch besonders von den Roten sofort aufgegriffen worden, um die Regierung zur Unnachgiebigkeit den deutschen Kolonialforderungen gegenüber zu zwingen. Das ist auch bis zu einem gewissen Grade gelungen. Aber der Zweck des Kolonialgeschreies war nicht die Liebe zu Kamerun und Togo, den beiden ehemaligen deutschen Kolonien unter französischem Mandat, sondern der Zweck war, mindestens für die Roten, die Fortsetzung der Annäherungs- und Verständigungspolitik auf der Grundlage von München unmöglich zu machen. Denn die Roten wußten, daß einmal in der weiteren Verfolgung dieser Politik auch die Kolonialfrage angeschnitten werden müßte, und sie wußten, daß ursprünglich die Kolonialfrage auf dem Programm des Pariser Besuches der englischen Minister stand.

Man sollte sich in Deutschland das wirkliche Bild nicht dadurch trüben lassen, daß ein Stück weit in dieser Frage, teils bewußt, teils unbewußt, die Nationalisten mit den Kommunisten und Marxisten Hand in Hand gingen. Aber der Doppelzweck der Roten, eine Befriedungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland zu hintertreiben, und die Regie-

Zwischenfall bei der polnischen Grenzfestsetzung

Amtliches Kommuniqué des polnischen Außenamtes - Polnische Grenzberichtigung bereits erfolgt

Warschau, 25. November.

Soeben wurde folgendes amtliches Kommuniqué des polnischen Außenamtes veröffentlicht:

Am 24. November wurde auf die polnische Delegation für den gemischten polnisch-slowakischen Grenzberichtigungsausschuß, die sich im Kraftwagen zur Begegnung mit der slowakischen Delegation durch tschecho-slowakisches Gebiet begab, ein Ueberfall durch eine Bande unter Mitwirkung von tschecho-slowakischen Behörden und aktivem Militär verübt. Dieser Ueberfall trug das Merkmal eines wissentlich organisierten Aktes. Zwei Mitglieder der polnischen Delegation wurden verwundet und die Kraftwagen beschädigt. Der Ueberfall fand bei der Ortschaft Zamki Oravskie statt, weit im slowakischen Gebiet, das nichts mit der durchgeführten Grenzberichtigung Gemeinsames hat. Da ein ähnlicher Zwischenfall sich bereits am vergangenen Freitag in der Gegend von Zcaza ereignet hat, war die polnische Abordnung gezwungen, nach Feststellung des wissentlich schlechten Willens der slowakischen Behörden die Arbeit abzubrechen. Die polnische Regierung hat Schritte unternommen, um sich Genugtuung zu verschaffen und die Polen bei der Grenzberichtigung zugeteilten Gebiete sicherzustellen.

Im Zusammenhang mit dieser amtlichen Mitteilung des Außenministeriums über die Sabotage der Arbeiten der Grenzberichtigungskommission verlautet, daß „zwecks Sicherstellung der Territorien, die Polen zugeteilt wurden", die polnische Armee bereits heute mit der Besetzung dieser Gebiete begonnen hat. Diese Gebiete sollten erst am 1. Dezember besetzt werden.

Slowakische Darstellung des Zwischenfalls

Prag, 25. November.

Das Propaganda-Amt der slowakischen Regierung teilt mit: „Aus Cadca wird uns gemeldet, daß polnische Truppen in Cierne den Ciernankabach überschritten und die ganze Gemeinde besetzten, obwohl nach dem Abkommen der Grenzfestsetzungskommission die Grenze durch den Ciernankabach festgesetzt worden war. Die polnischen Truppen ziehen weiter nach Syrcinovec. In der Nacht auf den 25. und am Morgen des 25. November kam es zu einem Geplänkel zwischen polnischen und tschecho-slowakischen Truppen. Das Geplänkel eröffneten die Polen. Auf tschecho-slowakischer Seite sind keine Verwundeten. Von dieser Handlungsweise der polnischen Truppen wurde der Vorsitzende der Regierung, Dr. Tiso, der soeben in Prag weilt, sofort informiert.

Weiter erfährt das Propaganda-Amt der slowakischen Regierung, daß in der Orava gestern mit einem Auto die polnische Grenzfestsetzungskommission eingetroffen ist. Die Bevölkerung errichtete auf dem Wege Barrikaden und wollte die Polen nicht einlassen. Im weiteren zeigte sich die antipolnische Stimmung so stark, daß die Bewohner in dem Autobus sämtliche Fenster zertrümmerten und zwei Polen sogar leicht verletzten. Der polnischen Grenzfestsetzungskommission blieb nichts übrig, als über Cadca Sillein—Kralovany und Rocomberoc in die Tatra zurückzukehren."

Die englischen Minister aus Paris abgereist

Paris, 25. November.

Die englischen Minister haben am Freitag um 10,30 Uhr Paris wieder verlassen. Der Ordnungsdienst hatte umfassende Absperrungen vorgenommen, so daß die zahlreiche Menschenmenge nur von weitem der Abfahrt beiwohnen konnte.

„Graf-Zeppelin"-Rundfahrt zum Sudetenland

Berlin, 25. November.

Aus Anlaß der Ergänzungswahlen zum Großdeutschen Reichstag wird Anfang Dezember eine Rundfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin" (LZ 130) von Frankfurt a. M. nach dem Sudetenland und zurück stattfinden, die zur Postbeförderung benutzt werden wird. Zwischenlandungen mit Postaustausch finden nicht statt, vielmehr wird die dem Luftschiff in Frankfurt a. M. übergebene Postladung über einem Flugplatz im Sudetenland abgeworfen. Zur Beförderung werden gewöhnliche Briefe im Einzelgewicht bis 20 Gramm und Postkarten an Empfänger in beliebigen Bestimmungsorten zugelassen.

Papst Pius XI. erkrankt

Rom, 25. November.

Papst Pius XI. erlitt am Freitag während einer Audienz einen heftigen Schwächeanfall, der nach ärztlichem Befund auf eine Herzattacke zurückzuführen ist. Im Laufe des Nachmittags trat eine leichte Besserung ein.

Juden dürfen nicht mehr auf die Jagd gehen

Berlin, 25. November.

Nach § 28 Ziffer 4 des Reichsjagdgesetzes muß Personen, die die öffentliche Sicherheit gefährden, der Jagdschein versagt werden. Wie der Reichsjägermeister in einer Anordnung feststellt, ist diese Voraussetzung bei Juden stets gegeben. Der Reichsjägermeister bestimmt, daß sämtliche Anträge von Juden auf Ausstellung von Jagdscheinen abzulehnen sind und daß dafür gesorgt werden muß, daß bereits an Juden erteilte Jagdscheine sofort wieder eingezogen werden.